

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Mittwoch zeigte sich wieder einmal, was die CSU unter Pressefreiheit versteht: Der CSU-Sprecher hatte per Anruf beim ZDF versucht, einen Bericht über den Parteitag der Bayern-SPD zu verhindern. Das erinnert an den Anruf von Ex-Bundespräsident Wulff bei Bild-Chef Kai Dieckmann, was letztlich zu Wullfs Rücktritt führte. Auch der CSU-Sprecher trat am Donnerstag zurück. Und der Vorgang ruft zumindest Erinnerungen wach an die Spiegel-Affäre von Franz-Josef Strauß. Der Versuch der Einflussnahme auf die Medienberichterstattung ist hoch brisant. Wir müssen dem Verständnis von Politikern in der Union, dass sie Einfluss hätten auf die unabhängige Presse, endlich ein Ende setzen!

Ein **Kuhhandel** zwischen CDU, CSU und FDP zeichnet sich derzeit in Berlin ab: Die CSU will das **Betreuungsgeld** einführen, die FDP die **Praxisgebühr** abschaffen, und was die CDU will, das weiß niemand so recht. Die FDP ist aber laut den Äußerungen von Philipp Rösler der Meinung, das Betreuungsgeld sei zu teuer, es sei nicht gegenfinanziert und eine Bildungskomponente fehle völlig. Die CSU wiederum meint, die Praxisgebühr solle bestehen bleiben. Da bleibt der Koalition nur ein Kuhhandel: Betreuungsgeld wird eingeführt, Praxisgebühr abgeschafft, und die Gegenfinanzierung ist nicht geklärt. Was in diesen so genannten „Verhandlungen“ noch alles rauskommt, ist unklar. Für mich zeigt dieser unwürdige Kuhhandel einmal mehr: Die schwarz-gelbe Regierung hat keine Ziele, sondern kämpft um ihr Überleben. Wir brauchen endlich wieder eine seriöse Politik, bei der nicht geschachert wird, sondern Inhalte im Mittelpunkt stehen!

Am Donnerstag wurde der von mir initiierte SPD-Antrag „Neue Chancen für Menschen mit Migrations-



**Berlin-Brief, Ausgabe 126
26. Oktober 2012**

Meine Termine

**Mitgliederversammlung des Ortsvereins
Lauffen: Aktuelles aus Berlin**

26.10.2012, 19 Uhr, Lauffen, Weinstube
zum Katzenbeißer, Im Geigersberg 6

**Juso-Kreisversammlung zum Thema
Jugendarbeitslosigkeit**

27.10.2012, 15 Uhr, Heilbronn, SPD-
Regionalzentrum, Untere Neckarstr. 50

Konzert Liedereintracht Obergiesheim
28.10.2012, 18 Uhr, Obergiesheim, Ein-
trachthalle

**Altersarmut verhindern – Rentenreform
überfällig. Diskussion beim OV Eppin-
gen**

2.11.2012, 19 Uhr, Eppingen, Hotel Villa
Waldeck, Waldstraße 80

**Sitzungswoche des Deutschen Bundes-
tages**

5.11.2012 – 9.11.2012, Berlin

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekom-
men? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

hintergrund auf dem Arbeitsmarkt“ im Bundestagsplenum behandelt. Ich habe selbst eine klassische Gastarbeiterkarriere hinter mir und weiß, wie wichtig eine gute und funktionierende Integration in den Arbeitsmarkt ist, um Integration in der gesamten Gesellschaft erfolgreich zu gestalten. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Menschen eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Die Praxis zeigt jedoch: Menschen mit ausländischem Namen haben bei Bewerbungen weniger Chancen. Mehrere hunderttausend Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten unter ihrer Qualifikation, weil ihre Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden. Unter der schwarz-gelben Bundesregierung herrscht hier trotz der seit Jahren bekannten Probleme Stillstand. Die SPD-Fraktion hat detaillierte Forderungen zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt ausgearbeitet. Wir fordern anonyme Bewerbungen, um Diskriminierung abzubauen. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium muss stärker an den Bedürfnissen dieser Menschen ausgerichtet werden. Mehr Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote müssen auf Migranten zugeschnitten werden. Auch in den JobCentern fehlt eine spezifische Förderung von Migranten. Für eine effektive Jobvermittlung sollte der Anteil an Beratungsfachkräften mit Migrationshintergrund (jetzt drei Prozent) erhöht werden; auch interkulturelle Schulungen sind notwendig. **Meine Rede im Plenum des Bundestages zu diesem Thema finden Sie anbei.**

Eine zweite Rede habe ich zum Thema **psychische Belastungen in der Arbeitswelt** im Plenum gehalten. Seit Jahren, erst als Betriebsrat, jetzt im Ausschuss für Arbeit und Soziales, verfolge ich das Ziel der Humanisierung der Arbeitswelt. Die Belastungen haben sich verändert – wir müssen nicht mehr nur dafür sorgen, dass schwere körperliche Arbeit leichter wird, sondern wir müssen uns insbesondere um psychische Belastungen in der Arbeitswelt kümmern. Durch ständige Optimierungsprozesse und Leistungsverdichtung empfinden viele Arbeitnehmer Stress. Auch durch Arbeitsplatzunsicherheit mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen wird Druck auf Arbeitnehmer ausgeübt. Im Arbeitsschutz ist in Deutschland alles mögliche per Verordnung geregelt – im Bereich der psychischen Belastungen gibt es jedoch nur einzeln verstreute DIN-Normen. Ich fordere, dass die Schutzlücke im Arbeitsschutz geschlossen und eine Anti-Stress-Verordnung geschaffen wird! Ministerin von der Leyen fordert bisher medienwirksam, dass die Erreichbarkeit per Smartphone nach Dienstschluss eingeschränkt werden muss. Konkret handelt die Ankündigungsministerin aber natürlich nicht. Wir müssen hier endlich unseren Arbeitsschutz modernisieren und an die neuen Belastungen unserer Arbeitswelt anpassen! **Meine Plenarrede zu diesem Thema finden Sie ebenfalls anbei.**

Mit freundlichen Grüßen

